

WIESBADEN REPORT

R 1 a

V 66

Leistungen der Stadt für ihre Bürger

1968 - '71

Bericht über die Arbeit
der städtischen Körperschaften und der Verwaltung
der Landeshauptstadt Wiesbaden

INHALTSÜBERSICHT

Mitglieder der städtischen Körperschaften

	Die städtischen Körperschaften				Dezernat IV
9	Stadtverordnetenversammlung und Magistrat	55			Stadtrat Josef Ramberger
	Dezernat I	57			Ordnungsamt
	Oberbürgermeister Rudi Schmitt	59			Feuerwehr
15	Interkommunale Zusammenarbeit	63			Garten- und Friedhofsamt
16	Hauptamt	64			Schlacht- und Viehhof
21	Personalamt				Forst- und Landwirtschaftsamt
23	Presse- und Informationsamt	67			Dezernat V
26	Rechnungsprüfungsamt	72			Stadtrat Hans-Joachim Rywoll
27	Polizei	76			Städtische Kliniken
29	Sportamt				Amt für Verkehrswesen
34	Amt für Wohnungs- und Siedlungswesen				Fuhr- und Reinigungsamt
	Dezernat II	79			Dezernat VI
	Bürgermeister Alfred Herbel	80			Stadtrat Dipl.-Ing. Werner Sauer
39	Rechtsamt	84			Bauverwaltungsamt
39	Standesamt	86			Stadtplanungsamt
40	Versicherungsamt	87			Vermessungsamt
41	Amt für Wirtschaftsförderung	89			Bauaufsichtsamt
43	Kurbetriebe				Hochbauamt
	Dezernat III				Tiefbauamt
	Stadtkämmerer Dietrich Oedekoven	93			Dezernat VII
45	Statistisches Amt und Wahlamt	98			Stadtrat Professor Dr. Franz Bertram
46	Kämmerei				Schulamt
51	Stadtkasse	103			Kulturamt
52	Steueramt	106			Dezernat VIII
53	Liegenschaftsamt	110			Stadtrat Ernst-Alfred Reese
		112			Sozialamt
					Jugendamt
					Gesundheitsamt
					Ausgleichsamt

Dezernat VIII

Stadtrat Ernst-Alfred Reese (seit 23. 4. 1971,
Stadtrat Georg Feller bis 31. 1. 1971)

Sozialamt, Jugendamt, Gesundheitsamt und Ausgleichsamt.

Sozialpolitik treiben heißt Verantwortung der gesamten Gesellschaft gegenüber dem einzelnen Menschen übernehmen. Eine am Menschen orientierte Sozialpolitik darf aber nicht erst zum Zeitpunkt wirksam werden, an dem Menschen in Not geraten, es gilt auch eine präventive Sozialpolitik zielbewußt und in Zusammenarbeit mit allen Kräften unserer Gesellschaft aufzubauen und zu pflegen. Dabei dürfen selbstverständlich gesamtwirtschaftliche Aspekte nicht außer acht gelassen werden, und die Erkenntnisse der Wissenschaft, vor allem der Soziologie, der Psychologie, der Medizin und der Ökonomie müssen einbezogen werden.

In den letzten Jahren wurden wieder viele Einrichtungen geschaffen und Maßnahmen getroffen, die beweisen, daß die städtischen Körperschaften in Wiesbaden sich ihrer sozialpolitischen Verpflichtung bewußt sind und danach handeln. Leider ist auch festzustellen, daß noch mehr getan werden müßte, wenn mehr finanzielle Mittel zur Verfügung stünden. Obwohl das Land und der Landeswohlfahrtsverband, obwohl die Kirchen und caritativen Verbände eine rege Aktivität entfaltet und finanzielle Zuschüsse geleistet hatten, reichte es nicht aus, alle erforderlichen Einrichtungen zu schaffen und zu betreiben.

Sozialamt

Leiter: Obermagistratsrat Kurt Stein

Mitarbeiter	1968	1971	
	101	102	Beamte
	106	126	Angestellte
	66	81	Arbeiter

Die sozialen Leistungen der öffentlichen Hand wurden durch das „2. Gesetz zur Änderung des Bundessozialhilfegesetzes“ vom 1. 10. 1969 in gewissen Punkten geändert, insbesondere der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung angepaßt und praktische Erfahrungen, die mit dem Gesetz und seiner Handhabung gemacht wurden, in die Änderung eingearbeitet.

Die Sozialhilfe-Regelsätze wurden ab 1. 6. 1968, 1. 6. 1970 und am 1. 6. 1971 erhöht, was nichts



Stadtrat Ernst-Alfred Reese

anderes bedeutete, als sie der wirtschaftlichen Entwicklung anzupassen. Zwar nahm die Zahl der betreuten Personen von 4312 im Jahre 1968 auf 3989 im Jahr 1971 ab, aber durch die Erhöhung der zu zahlenden Hilfen stiegen die Kosten von 6,7 Mio auf 9,1 Mio DM. Von den betreuten Personen waren am 1. 12. 1971 ungefähr 37% (= 1455 Personen) älter als 65 Jahre. In Heimen waren im Dezember 1971 1515 Personen untergebracht. Hier ist gegenüber 1968, damals lebten 1329 Personen in Heimen, eine Zunahme zu verzeichnen. In Altersheimen lebten 1969 274, 1971 330 Personen; die Zahl der erhöht Pflegebedürftigen wuchs von 180 im Jahr 1969 auf 245 im Jahr 1971, die der Schwerststiechen von 735 auf 766 Personen. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die Zahl der in Heimen betreuten Personen nach den vorhandenen Heimplätzen steigt und fällt. Die Nachfrage nach Altenheimplätzen kann zwar befriedigt werden, die Nachfrage nach Plätzen in Pflegeheimen jedoch nicht.

Der Aufwand für die Sozialhilfen insgesamt stieg von 11,6 Mio DM im Jahr 1968 auf 15,7 Mio DM im Jahr 1971. Diese gestiegenen Kosten sind einmal auf die steigenden Pflegekosten in den Heimen und Krankenhäusern und zum anderen auf die erfolgte Erhöhung der Sozialhilferegelsätze zurückzuführen.

Schwerpunkt der Sozialarbeit in den letzten vier Jahren war die Altenhilfe. 1968 konnten im neuen Altenwohnheim Klarenthal 71 Alleinstehende und



Aktion „Essen auf Rädern“

Im Alten- und Pflegeheim in Biebrich

40 Ehepaare einziehen. Ein zweites Altenwohnheim in Klarenthal mit 155 Wohnungen wurde 1969 zu bauen begonnen, und 1972 wird mit der Fertigstellung gerechnet. Das Altenwohnheim Am Schelmengraben mit 101 Wohnungen konnte am 20. 10. 1970 bezogen werden. In dem im Sommer 1969 fertiggestellten Alten- und Pflegeheim Simeonshaus mit 358 Betten hat das städtische Sozialamt ein Belegungsrecht für 200 Betten. Durch das neue Personalwohnheim des Alten- und Pflegeheimes in Biebrich konnten weitere 60 Betten für alte Menschen, die besonderer Pflege bedürfen, freigemacht werden.

Durch die Aktion „Essen auf Rädern“ wurden jährlich 270 Personen betreut, für 180 von ihnen leistete die Stadt einen finanziellen Zuschuß. Fünfmal in der Woche erhielten diese alten Menschen, die in ihrer eigenen Wohnung wohnen, aber selbst nicht mehr kochen können, wenigstens eine warme Mahlzeit am Tag.

Das im September 1970 beschlossene Altentelefon



erfreute sich starker Nachfrage. 200 Anträge wurden gestellt, 75 bewilligt.

Im Rahmen der Altenerholung konnten 1968 381 alte Mitbürger, 1969 385, 1970 459 und 1971 447 einen 14tägigen Erholungsurlaub verbringen. An den kulturellen Veranstaltungen für die betagten Mitbürger nahmen jährlich rund 6500 Personen teil. Gerade diese Veranstaltungen helfen mit, die oft in der Isolation und Einsamkeit lebenden alten Menschen wieder untereinander und mit ihrer Umwelt in Verbindung zu bringen.

An einmaligen Sozialhilfen wurden gezahlt

1968	1969	1970	1971
Weihnachtsbeihilfen			
7321 Pers.	7625 Pers.	7363 Pers.	7391 Pers.
341871 DM	320141 DM	316953 DM	361650 DM
Hausbrandbeihilfen			
6828 Pers.	7036 Pers.	6871 Pers.	7008 Pers.
640850 DM	538918 DM	703154 DM	795134 DM

Auf Anordnung der Bundesregierung wurden in der Zeit vom 1. 4. bis 31. 7. 1969 7950 Gutscheinkarten für den Bezug verbilligter Butter (2x250 g je Monat, verbilligt um 1,30 DM) an Sozialhilfeempfänger und Minderbemittelte ausgegeben; eine zweite „Butter-Aktion“ lief vom 1. 8. 1969 bis 31. 3. 1970; damals wurden 10500 Gutscheinkarten ausgegeben.

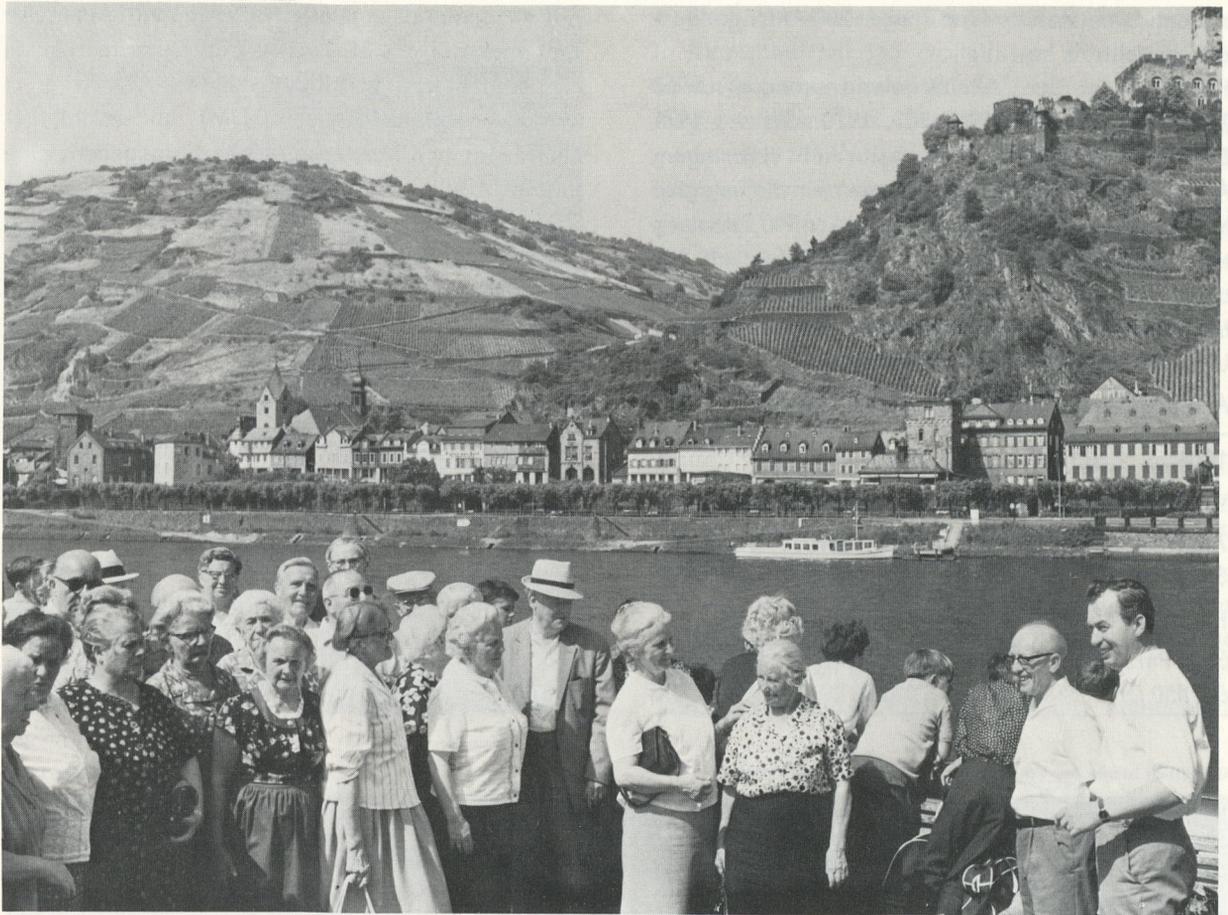
Für Besucher aus der DDR, aus Ostberlin und dem ost- und mitteldeutschen Vertreibungsgebiet wurden

1968	356745 DM an 5212 Besucher
1969	361710 DM an 5198 Besucher
1970	285540 DM an 4695 Besucher
1971	285720 DM an 4762 Besucher ausbezahlt.

Bei der Umstellung auf Erdgas wurden an Sozialhilfe-Empfänger, Minderbemittelte und andere Personen, deren Einkommen eine bestimmte Grenze im Jahr 1971 nicht überschritt, rund 235000 DM gezahlt, damit dieser Personenkreis eine finanzielle

Gemütlich ist's in der Wohnung des Altenheimes in Klarenthal





Beliebt und begehrt: die Altentageserholungsfahrten

Hilfe hatte zum Kauf erforderlicher neuer Gasgeräte.

Der jährliche Aufwand von mehr als 15 Mio DM, der sich in tausende von Einzelbeträgen gliedert, beweist ebenso wie die rund 600 Besucher, die an einem Sprechtag das Sozialamt aufsuchen, daß moderne Sozialpolitik und Sozialarbeit wohl das Verständnis findet, das ihr zukommt.

Jugendamt

Leiter: Obermagistratsrat Richard Kühn

Mitarbeiter	1968	1971	
	29	76	Beamte
	77	153	Angestellte
	22	38	Arbeiter

Das Jugendamt hatte vielfältige Aufgaben zu erfüllen, die ihm teilweise vom Gesetzgeber, teilweise durch Beschlüsse der städtischen Körperschaften übertragen wurden. Unter den städtischen Ämtern nimmt das Jugendamt eine Ausnahmestellung ein,

weil es sich aus zwei Teilen zusammensetzt; dem Jugendwohlfahrtsausschuß und dem Amt selbst. So will es das Bundesjugendwohlfahrtsgesetz. Die 20 stimmberechtigten und 13 beratenden Mitglieder des Jugendwohlfahrtsausschusses und die aus je 12 Mitgliedern bestehenden Fachausschüsse Jugendpflege und Jugendfürsorge trafen sich 1968 zu 12, 1969 zu 19, 1970 zu 27 und 1971 zu 23 Sitzungen, um alle wichtigen Sach- und Tagesfragen zu beraten und entsprechende Beschlüsse zu fassen.

Besonderes Augenmerk wurde vom Jugendwohlfahrtsausschuß auch in den Jahren 1968 bis 1971 auf den Bau von Kinderspielplätzen gelegt. In den vergangenen vier Jahren wurden 21 Kinderspielplätze vom Garten- und Friedhofsamt neu angelegt, so daß Wiesbaden heute über 86 Kinderspielplätze verfügt.

Zwei neue Kindertagesstätten konnten eröffnet werden: am 19. 5. 1970 ein Kindergarten im Neubaugebiet Schelmengraben mit 55 Plätzen, ein Geschenk der Neuen Heimat Südwest, und am 3. 8. 1970 eine moderne Kindertagesstätte an der Wallauer

Straße in Bierstadt für 100 Kinder, die einen Kostenaufwand von 910000 DM verursachte. Damit betreibt die Stadt selbst jetzt drei Kindertagesstätten.

Das nach modernsten Erkenntnissen gebaute und eingerichtete neue Kinderheim Am Tränkweg konnte am 16.9.1971 nach dreijähriger Bauzeit bezogen werden. In dem 3,9 Mio DM kostenden Bau können 60 Kinder in fünf Familiengruppen in den fünf abgeschlossenen Wohnetagen leben. Das Kinderheim hat nicht nur durch seine bauliche Gestaltung, seine vorbildliche Einrichtung, sondern auch durch die neue pädagogische Konzeption in der Fachwelt lebhaftes Interesse gefunden. Aus erzieherischen Gründen wurde die Belegungszahl

des Säuglings- und Kinderheims an der Kapellenstraße von 90 auf 56 Kinder herabgesetzt, die in sieben Gruppen zu je acht Kindern heranwachsen und besser betreut werden können, als es früher bei mehr Kindern je Gruppe der Fall gewesen war.

An die Träger der freien Jugendhilfe, die Kindergärten und Einrichtungen für die Jugendlichen betreiben, wurden wieder beträchtliche Zuschüsse gezahlt (siehe nachstehende Tabelle).

7516 Jugendliche haben in den letzten vier Jahren an den vom Jugendamt durchgeführten Freizeiten in Mittel- und Nordhessen, im Schwarzwald, im Allgäu, in Österreich und in der Schweiz teilgenommen. Im Rahmen des Freizeitprogrammes für sozial schwache Familien konnten 514 Familien mit

1968	1969	1970	1971	
487435 DM	615000 DM	790000 DM	1080000 DM	zum Unterhalt von Kindergärten und Horten
38700 DM	127000 DM	205000 DM	75000 DM	Neubau von Kindergärten und Horten
-	35000 DM	43000 DM	410 DM	Verbesserung von Kindergärten und Horten
3040 DM	58000 DM	16000 DM	13500 DM	Neubau und Verbesserung von Jugendheimen
529175 DM	835000 DM	1054000 DM	1168910 DM	insgesamt

Die neue Kindertagesstätte an der Wallauer Straße in Bierstadt



949 Erwachsenen und 1859 Kindern ein vierzehntägiger Feriendaufenthalt ermöglicht werden. 895 Berliner Kinder und Jugendliche konnten sich jeweils drei Wochen in den vier Jahren auf Kosten der Stadt erholen. Daneben wurden zehn Berlin-Begegnungen durchgeführt, an denen ca. 300 junge Wiesbadener und Wiesbadenerinnen teilnahmen. Die internationalen Jugendbegegnungen wurden fortgeführt, 1968 auf Korsika und in Zagreb, 1969 wiederum auf Korsika, in Paris, in Rumänien und Jugoslawien, 1970 wiederum in Rumänien, Korsika, Jugoslawien und Gent. 1971 kam zu den Zielen Rumänien, Frankreich und Gent erstmals auch Israel (Tel Aviv) hinzu, nachdem im Sommer 1970 erstmals 63 junge Israeli Wiesbaden besucht hatten. Insgesamt ca. 400 Jugendliche beteiligten sich an diesen internationalen Begegnungen des Jugendamtes. Als besondere Programmpunkte wurden 1969 55 Veranstaltungen der Puppenspielaktion zur Warnung vor Sittlichkeitsverbrechern in den Kinder-

gärten und Grundschulen von 9000 Kindern und Eltern besucht. 1800 Kinder konnten bei den vier Veranstaltungen unter dem Motto „Jugendschutz in der Fastnachtszeit“, die 1969, 1970 und 1971 durchgeführt wurden, gezählt werden. Anlässlich des Hessesontages 1970 nahmen 4500 Kinder am Kinderfest im Biebricher Schloßpark teil. Sexualpädagogik stand 1968/1969, die zunehmende Rauschmittelgefährdung bei Jugendlichen in den Jahren 1970/1971 im Mittelpunkt einer breit gefächerten Aufklärungsarbeit. 6000 Eltern haben die 100 sexualpädagogischen Arbeitskreise besucht. Am 2. Dezember 1970 wurde gemeinsam mit dem Gesundheitsamt eine Beratungsstelle für Rauschmittelfragen eröffnet. 1971 haben sich 1000 Jugendliche hier Rat und Hilfe geholt. Vor der Eröffnung dieser Beratungsstelle wurden in einer Arbeitskonferenz und 31 Einzelveranstaltungen mit 3500 Teilnehmern die Gefährdung der Jugendlichen durch Rauschmittel und die Folgen des Rauschmittelmisbrauchs

Kinder spielen Kasperle für Kinder





In der Nähe des Waldes, am Tränkweg, entstand das neue Kinderheim

behandelt. 1971 wurden Flugblätter und Broschüren über die Drogengefährdung über die Schulen an die Jugendlichen und Eltern verteilt. 110 Informationsabende und Diskussionsveranstaltungen, an denen rund 5500 Besucher teilnahmen, behandelten Drogenabhängigkeit junger Menschen.

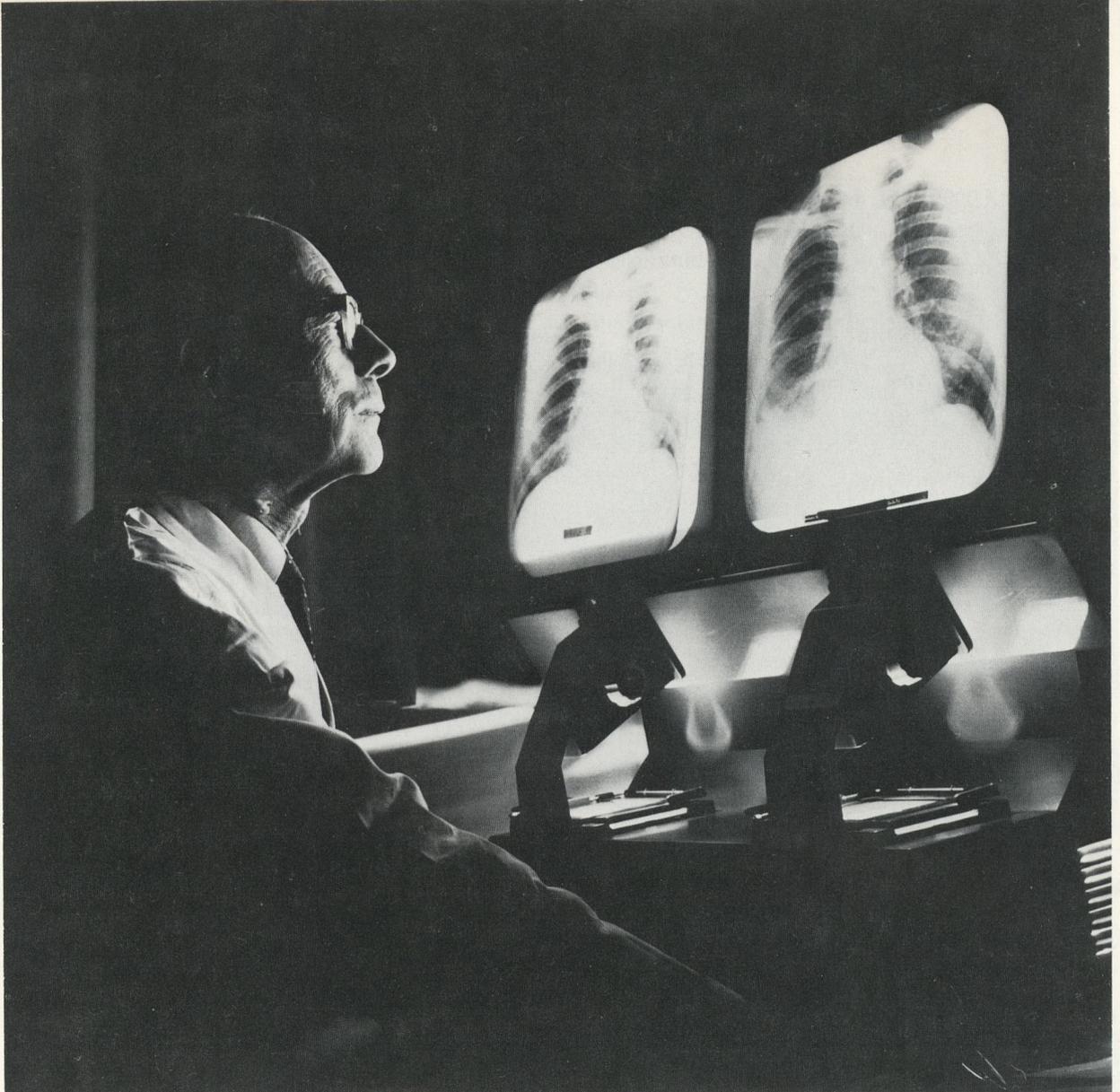
Der Pop-Club, der von der Hessischen Landesregierung gestartete Modellversuch moderner Jugendarbeit, hat sich 1970 soweit verselbständigt, daß das Jugendamt lediglich die Landes- und Stadtzuschüsse verwaltet. 1968 führte der Club 50 Veranstaltungen durch und konnte damit 8000 Jugendliche ansprechen; 1970 kamen 5000 Jugendliche zu den 42 Veranstaltungen des Pop-Clubs.

Das am 1. 7. 1970 in Kraft getretene neue Nicht-ehelichenrecht hat das Vormundschaftswesen geändert und differenziert. Das Gesetz wirkte sich sowohl materiell als auch verfahrensrechtlich auf die Arbeit des Amtes aus. Wesentliches Merkmal ist hierbei die Abkehr von den schuldrechtlichen Be-

ziehungen zwischen Vater und Kind hin zum familienrechtlichen Verhältnis. Hieraus ergeben sich eine Fülle erbrechtlicher Konsequenzen. Zur Zeit stehen 2570 Minderjährige unter Amts-Vormundschaft bzw. Amts-Pflegschaft.

Die Jugendfürsorge, der fürsorgerische Außendienst des Sozialamtes und die Obdachlosenhilfe wurden in den ab 1. 4. 1971 gebildeten Sozialdienst des Jugendamtes zusammengefaßt. Ihm obliegen die Jugend- und Familienfürsorge, die Hausbetreuung, die Betreuung der Kinder in Heimen und Familien, die Adoptionsvermittlung, die Krankenhausesfürsorge und die Obdachlosenhilfe.

Für Pflegekinder und die wirtschaftliche Hilfe für Minderjährige mußte in den Jahren 1968 bis 1971 ein Betrag von 10,4 Mio DM aufgewendet werden. Zur Zeit leben 180 Kinder und Jugendliche in der Familienpflege, 530 Kinder und Jugendliche in Heimpflege; diesen Kindern stehen gesetzliche Unterhaltsbeihilfen zu.



Röntgenuntersuchungen im städtischen Gesundheitsamt

Gesundheitsamt

Leiter: Medizinaldirektorin Dr. med. Margarethe Heldmann

Mitarbeiter	1968	1971	
	20	20	Beamte
	41	46	Angestellte
	4	6	Arbeiter

Nach knapp zweijähriger Bauzeit konnte der seit vielen Jahren dringend benötigte Neubau in der Dotzheimer Straße 28–40 am 19. 10. 1970 bezogen werden. Trotz erheblich gestiegener Baukosten während der Bauzeit wurden die Gesamtkosten in Höhe von 6,5 Mio DM (davon Landeszuschuß 3,8 Mio DM) nicht überschritten. In dem schlüsselfertig vergebenen Neubau ist auch der Sozialdienst untergebracht. Das neue Haus erlaubte eine Reihe von effektiven Rationalisierungsmaßnahmen, wie z. B. die Einrichtung eines zentralen Schreibdienstes

für das gesamte Gesundheitsamt und den Sozialdienst; fünf Schreibkräfte konnten dadurch eingespart werden. Der zentrale Schreibdienst hat sich trotz anfänglicher Schwierigkeiten bewährt.

Seit 1. 9. 1971 ist die sportärztliche Beratungsstelle, ausgerüstet mit modernen Kreislaufstestgeräten, Fahrrad-Ergometer und einem Gerät zur Registrierung der Vitalkapazität eingerichtet. Sportärztlich geschulte, hauptamtliche Schulärzte untersuchen und beraten Schüler, die in Leistungsgruppen der Schulen sportlich trainieren, aber auch jugendliche Sportler, die in Sportvereinen Leistungssport treiben oder treiben wollen. Die ständige ärztliche Überwachung dieser jugendlichen Sportler soll Fehlentwicklungen frühzeitig erkennen und vermeiden helfen, und jugendliche Sportler über ihre individuelle Belastbarkeit bei dem von ihnen ausgewählten Leistungssport beraten.

Neben solchen wichtigen gesundheitspolitischen freiwilligen Ausgaben fußt die Arbeit des Gesundheits-

amtes auf einer Vielzahl von Gesetzen und Beschlüssen der städtischen Körperschaften. Durch diese gesundheitspolitischen Aktivitäten soll vorbeugend und gefahrenabwehrend gewirkt werden. Hierzu gehören vor allem die Beratungsstelle für psychisch Erkrankte, die heilpädagogische Kindersprechstunde, die Mütterberatungsstelle, die Schwangerschaftsberatung, die Beratungsstelle für Geschlechtskranke und die Geschwulstberatungsstelle. Alle diese Dienste wurden von der Bürgerschaft lebhaft in Anspruch genommen.

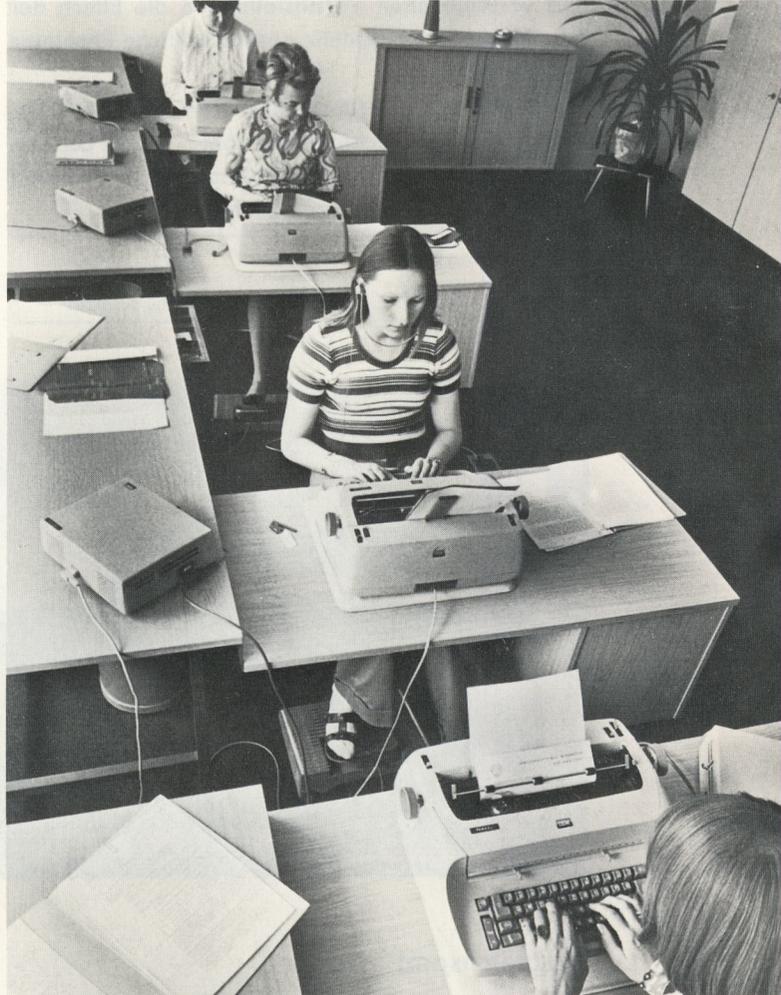
Einen starken Besucheranstieg verzeichnete in den Jahren 1968 bis 1970 die Geschwulstberatungsstelle, während 1971 infolge der Einführung von Krebsvorsorgeuntersuchungen durch die gesetzliche Krankenversicherung ein Rückgang festgestellt wurde.

Kraft Gesetzes obliegt dem Gesundheitsamt die Durchführung der gesetzlichen Impfungen; darüber hinaus führte das Gesundheitsamt auch auf freiwilliger Basis Impfungen gegen eine Reihe von Krankheiten durch.

Im Rahmen des Umweltschutzes wurden in den letzten vier Jahren 191 Besichtigungen durchgeführt, 261 Wohnungen hygienisch untersucht und ständig die Flüchtlingswohnheime der Stadt, die Übernachtungsheime der Heilsarmee, die Obdachlosenunterkünfte und die Gastarbeiterwohnheime nach hygienischen Gesichtspunkten geprüft.

Die Amtsärztliche Lebensmittelüberwachung kontrollierte 393 Eisherstellungsbetriebe in der Berichtszeit, wobei in einigen Fällen hygienische Mängel festgestellt werden mußten. 41 Lebensmittelbetriebe wurden darüber hinaus geprüft. In den Krankenhäusern wurden laufend die Sterilisationsgeräte biologisch getestet, die Thermalquellen, die Thermalbäder, die Stadtbäder, Freibäder und Hallenbäder und auch die übrigen öffentlichen Freizeiteinrichtungen, die Schulen und Kindergärten sowie die Wasserversorgungseinrichtungen der Stadt wurden hygienisch laufend überwacht. Das gleiche gilt für die Krankentransporte, die Altenheime und die Friedhöfe. Die 68 Apotheken und 96 Drogerien wurden laufend, wie es das Gesetz vorschreibt, gemustert, in einigen Fällen kam es zu Beanstandungen.

Die Schulfürsorge untersuchte in den Wiesbadener Schulen in den Jahren 1968 bis 1971 36294 Schüler, die Schulanfänger wurden auf Schultauglichkeit aus medizinischer Sicht untersucht, 12% mußten als nicht schulfähig zurückgestellt werden. 1968/69



Zentraler Schreibdienst im Gesundheitsamt

mußten 20% der zur Entlassung kommenden Haupt-, Real-, Sonderschüler und Gymnasiasten auf ihre Berufstauglichkeit untersucht werden. Laufend getestet wurden Kinder und Schüler auf Seh- und Hörfähigkeit in den Wiesbadener Schulen und Kindergärten.

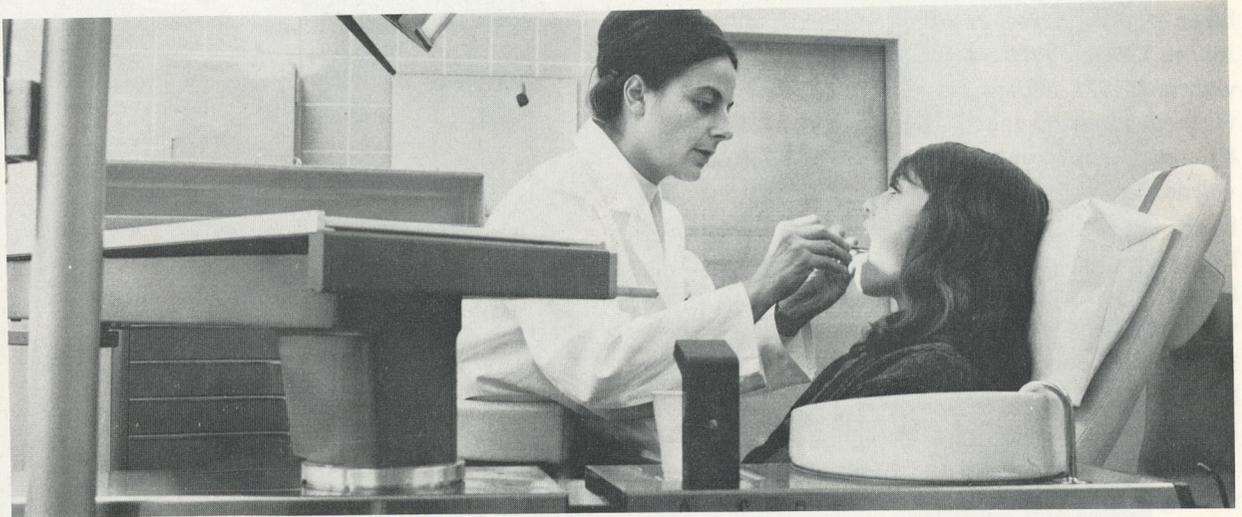
Seit Herbst 1968 werden die Eltern sprachgestörter Kinder beraten und in Verbindung mit Sprachheilpädagogen eine Therapie in den Sonderschulen begonnen. 1970 wurden 2813 Kindergartenkinder untersucht und 410 ärztliche Behandlungen empfohlen. 1971 wurden 2928 Kindergartenkinder untersucht, 255 ärztliche Behandlungen empfohlen. Besondere Aufmerksamkeit widmeten die Schulärzte auch den Haltungsschwächen und Haltungsschäden der Kinder und empfahlen orthopädische Turnkurse an mehreren Schulen durch Krankengymnastinnen, ärztlich überwacht orthopädisches Schwimmen im Hallenbad. Daneben wurden in Elternabenden

und verschiedenen Veranstaltungen die Eltern der Schulkinder über aktuelle gesundheitliche Probleme unterrichtet.

Die Schulzahnklinik führte die Untersuchung und Beratung sämtlicher Schulkinder vom 3. bis 18. Lebensjahr durch. In Reihenuntersuchungen in Schulen und Kindergärten wurden untersucht

1968	1969	1970	1971
77914	75799	78617	63072 Kinder

Durch eine breit gefächerte Aufklärung der Kinder und Eltern (z. B. Zahnpflegebeutel) wurde versucht, den Zahn- und Kiefererkrankungen vorzubeugen. Im gleichen Zeitraum wurden rund 750 zahnärztliche und kieferorthopädische Gutachten im Jahr erstellt. Im Frühjahr 1970 nahm die neue Kieferorthopädische Abteilung im Gesundheitsamt die beratende und behandelnde Tätigkeit auf. Erwähnt sei zum Abschluß noch die TBC-Fürsorgestelle, die ca. 2800 Patienten jährlich betreut.



Schulzahnärztliche Untersuchung

Ausgleichsamt

Leiter: Obermagistratsrat Alfred Senz

Mitarbeiter	1968	1971	
	33	28	Beamte
	55	44	Angestellte

Die vom Bundestag beschlossenen drei Änderungen zum Lastenausgleichsgesetz der Jahre 1968, 1969 und 1970 regelten die Erhöhung der laufenden Renten, bezogen die sogenannten „Zonenschäden“ in die Entschädigungsregelungen des Lastenausgleichs ab 1970 ein und stellten die Flüchtlinge den Vertriebenen gleich. Das bedeutete eine Nachprüfung und Neuberechnung aller Fälle und die Erweiterung des Personenkreises. Das neue, lang umstrittene Reparationsschädengesetz vom 12. 2. 1969 regelt die Reparations-, Restitutions-, Zerstörungs- und Rückerstattungsschäden, die auf Kriegs- oder Nachkriegsereignisse zurückzuführen sind nach den Grundsätzen des Lastenausgleichsgesetzes. Damit sind jetzt alle Schäden, die ursächlich mit dem Krieg und den Nachkriegsereignissen zusammenhängen,

gesetzlich erfaßt. Die Feststellung der Schäden und die Abwicklung aller Anträge werden die Ausgleichsämter noch jahrelang beschäftigen.

Trotz dieser gesetzlich verursachten Mehrbelastung konnten durch zielbewußte Rationalisierungsmaßnahmen und durch den Einsatz moderner Büromaschinen und Büroorganisationshilfen die Zahl der Planstellen verringert werden.

Ab 1. 6. 1970 übernahm das Wiesbadener Ausgleichsamt die Aufgaben des Ausgleichsamtes des Untertaunuskreises bei entsprechender Kostenbeteiligung durch den Kreis. Diese Übernahme ist die erste volle Übernahme eines Ausgleichsamtes durch ein anderes in Hessen und kann als Beispiel für die regionale Verwaltungszusammenarbeit gewertet werden.

Im Zuge der Arbeitsrationalisierung bedient sich das Amt für den Bereich der Kriegsschadenrente der zentralen Datenverarbeitung bei der Lastenausgleichsbank in Bad Godesberg. Dort werden alle laufenden monatlichen Auszahlungen vorgenommen und die Bescheide ausgedruckt und vom Ausgleichsamt zugestellt.